

Hillary Clinton will Aufklärung von Assange

Der Wikileaks-Gründer könnte bei einer Auslieferung in die USA seine Rolle bei der Veröffentlichung vertraulicher E-Mails der Demokraten offenlegen / Von Karl Doemens

Hillary Clinton verbarg ihren Groll hinter einem trockenen Scherz. „Es entbehrt nicht der Ironie, dass Assange der einzige Ausländer ist, den diese Regierung in den USA willkommen heißen würde“, kommentierte die einstige Präsidentschaftskandidatin der Demokraten die Festnahme des Wikileaks-Gründers in London. Ihren Kontrahenten Donald Trump hingegen befahl am Donnerstag ein plötzlicher Gedächtnisschwund: „Ich weiß nichts über Wikileaks“, behauptete der US-Präsident, obwohl er die Enthüllungsplattform im Wahlkampf 2016 mindestens 145 Mal zitiert hatte.

Noch ist offen, ob Großbritannien dem amerikanischen Auslieferungsantrag für Julian Assange nachkommt. Die US-Justiz wirft dem 47-Jährigen eine Verschwörung mit der Whistleblowerin Chelsea Manning zum Eindringen in die Pentagon-Computer 2010 vor. Doch politisch viel brisanter ist Assanges Rolle bei der Veröffentlichung vertraulicher E-Mails der Clinton-Kampagne sechs Jahre später. Die Festnahme des Wikileaks-Gründers könnte „ein Schlüssel zur Aufklärung der verbliebenen Geheimnisse um die Russen, die Trump-Kampagne und eine Verschwörung zur Wahlmanipulation“ sein, meint die New York Times. Und die Polit-Webseite The Hill urteilt, die Mueller-Untersuchung überlagere unausgesprochen die aktuelle Anklage gegen Assange.

Plötzlich will Trump nichts mehr von Wikileaks wissen

Im Juni 2016 hatte Assange die Veröffentlichung geheimer E-Mails aus dem Umfeld von Hillary Clinton angekündigt und geprahlt: „Wikileaks hat ein sehr großes Jahr



An Assange scheiden sich die Geister. In Sydney demonstrieren seine Unterstützer gegen die Verhaftung des Wikileaks-Gründers. PETER RAB/DPA

vor sich.“ Tatsächlich wurden tausende Nachrichten von russischen Geheimdienstoffizieren gestohlen, die dazu in die Rechner der Demokraten und ins persönliche Postfach von Clintons Kampagnenmanager John Podesta eindringen. Am selben Tag, als Trumps Äußerung, er müsse Frauen nur zwischen die Beine fassen, für Empörung sorgte, veröffentlichte Wikileaks die heiklen E-Mails von Podesta. „Ich liebe Wikileaks“, schwärmte Trump damals: „Wikileaks ist eine wahre Fundgrube!“

Inzwischen ist bekannt, dass sowohl Trumps Sohn Donald Jr. als auch sein langjähriger Vertrauter Roger Stone direkten Kontakt zu Assange hatten. Jedoch ist unklar, ob der Wikileaks-Gründer als Verbindungsmann zu den Russen wirkte. Eine Verschwörung konnte Sonderermittler Robert Mueller nicht nachweisen, doch könnten in dem bislang unveröffentlichten Bericht weitere Details schlummern, die Assange zu einem hochinteressanten Zeugen machen würden. „Assange muss erklären,

was er gemacht hat“, forderte Hillary Clinton am Donnerstag. In dem Auslieferungsverfahren spielen diese Fragen keine Rolle. Das US-Justizministerium wirft Assange keine Veröffentlichung, sondern die Beihilfe zum Knacken des Pentagon-Computers vor. Dank dieser Hilfe gelangte Manning an hundertausende geheime Militärdokumente, die unter anderem Menschenrechtsverletzungen der US-Armee in Afghanistan enthielten. Trotz der persönlichen Wikileaks-Begeisterung von

Trump 2016 unterstützen Republikaner wie Demokraten in den USA das Auslieferungsgesuch. Assange und Wikileaks hätten jahrelang als „verlängerter Arm des russischen Geheimdienstes gewirkt“, sagte Richard Burr, der republikanische Vorsitzende des Geheimdienstauschusses des Senats. Sein demokratischer Stellvertreter Mark Warner verpflichtete ihm bei: Assange habe sich an Russlands Bemühungen beteiligt, den Westen zu untergraben. Bei einer Verurteilung drohen Assange bis zu fünf Jahre Haft.

Wagenknecht: Merkel soll Asyl gewähren

Tauziehen um die Zukunft des Australiers / UN-Sonderberichterstatter zu Folter warnt vor Überstellung an die USA

VON CHRISTIAN BURMEISTER

Wie geht es nach der Verhaftung von Julian Assange mit ihm und der Enthüllungsplattform Wikileaks weiter?

Wird Assange an die USA ausgeliefert?

Um diese Frage hat ein Tauziehen eingesetzt: Jeremy Corbyn, Chef der britischen Labour-Partei, hat sich gegen eine Auslieferung ausgesprochen. Was Assange an die Öffentlichkeit gebracht habe – Gräueltaten im Irak und in Afghanistan – sei im öffentlichen Interesse gewesen. Die französische Regierung teilte mit, sie werde über politisches Asyl für Assange nachdenken, wenn er darum bitte. Die USA werfen dem 47-Jährigen vor, sich mit der Mili-

täranalystin Chelsea Manning verschworen zu haben, um in Pentagon-Netzwerke einzudringen und geheime Regierungsdokumente zu veröffentlichen. Darauf stehen bis zu fünf Jahre Haft. Erheben die USA noch schwerwiegendere Vorwürfe, könnte Assange die Todesstrafe drohen. Der UN-Sonderberichterstatter zu Folter, Nils Melzer, warnte zudem: „Ich mache mir Sorgen um einen fairen Prozess.“ Die Haftbedingungen dort seien „problematisch“. In Sachen Folter hätten sich die USA „als sicheres Land erwiesen“.

Sollte Deutschland Assange Asyl gewähren? Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht fordert genau das: „Die Bundesregierung muss alles dafür

tu, zu verhindern, dass das EU-Mitglied Großbritannien Julian Assange an die USA ausliefert, wo ihm wegen der Enthüllung von US-Kriegsverbrechen die Todesstrafe droht. Angela Merkel muss ihm jetzt in Deutschland politisches Asyl anbieten.“ Andere Parteien hielten sich auf Nachfrage bei dem Thema bedeckt.

Was sagt Australien?

Australiens Premierminister Scott Morrison schließe eine Einmischung seiner Regierung in den Fall des Wikileaks-Gründers Julian Assange aus, berichtet dpa. Das sei „Sache der USA“ und habe „nichts mit uns zu tun“, sagte Morrison. Assange ist gebürtiger Australier. Dem Wikileaks-Gründer werde die übliche konsularische Unterstützung gewährt.



Julian Assange gibt sich nach seiner Festnahme optimistisch. RTR

„Wenn Australier ins Ausland reisen und mit dem Gesetz in Konflikt geraten, müssen sie sich dem Justizsystem des jeweiligen Landes stellen.“ Außenministerin Marise Payne sagte vor Reportern: „Der Auslieferungsprozess selbst

findet zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien statt.“ Ihr Land sei aber „völlig gegen“ die Todesstrafe.

Was bedeutet die Verhaftung für Assanges Umfeld?

In Ecuador wurde nun ein Vertrauter Assanges festgenommen. Dem schwedischen Softwareentwickler wird Verschwörung gegen die dortige Regierung vorgeworfen. Wikileaks hatte auch Dokumente zu Ecuador veröffentlicht. Die USA versuchen seit einiger Zeit, mit Wikileaks verbundene Menschen zu befragen. Dazu zählen der Journalist Jacob Appelbaum und der Deutsche Daniel Domscheit-Berg. Chelsea Manning sitzt in Beugehaft, weil sie sich weigert, gegen Assange auszusagen. Kommentar S.11

Unmut in der SPD

Rüstungsexport nach Saudi-Arabien erlaubt

VON TOBIAS PETER

Der Bundessicherheitsrat hat eine Lieferung von Rüstungsgütern genehmigt, die für Saudi-Arabien bestimmt ist – knapp zwei Wochen nach der Lockerung des Rüstungsexportstopps für das Königreich. Dabei handelt es sich um „Technologie für Satteltiefadefertigung“ der Ulmer Firma Kamag. Das geht aus einem Schreiben von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) an den Wirtschaftsausschuss des Bundestags hervor. „Ausfuhr nach Frankreich mit Endverbleib der hergestellten Güter in Saudi-Arabien“, heißt es in dem Schreiben zu der Frage, wohin die Güter geliefert werden sollen. Damit liegt nahe, dass die Lieferung der Linie des Kompromisses entspricht, den die große Koalition zur Frage der Rüstungslieferungen nach Saudi-Arabien vor zwei Wochen nach längerem Ringen beschlossen hatte.

SPD-Chefin Andrea Nahles hatte darauf gedrungen, den lückelosen Rüstungsexportstopp nach Saudi-Arabien zu verlängern. Diesen hatte Deutschland Mitte November nach der Tötung des regierungskritischen Journalisten Jamal Khashoggi im saudischen Generalkonsulat in Istanbul verhängt. Die Union setzte aber schließlich durch, dass die Tür für solche Exporte wieder ein Stück weit geöffnet wird – nämlich, wenn es um Gemeinschaftsprojekte mit europäischen

Partnern geht. Die Bundesregierung informiert über die Beschlüsse des Bundessicherheitsrats zwar das Parlament. Aber sie kommentiert Entscheidungen des Gremiums, dem Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und ausgewählte Minister angehören, nicht. „Der Bundesregierung kann es offensichtlich nicht schnell genug gehen mit der Rüstungsproduktion für die Jemen-Kriegsallianz“, sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linken, Sevim Dagdelen. Dies sei zynisch.

Stegner ist dagegen

Auch in der SPD regt sich – trotz des Kompromisses vor zwei Wochen – Unmut. „Ich bleibe bei der strikten Aussage im EU-Wahlprogramm der SPD“, sagte der stellvertretende Parteivorsitzende Ralf Stegner. „Rüstungsexporte in Krisengebiete und Diktaturen lehnen wir ab.“

Der SPD-Außenpolitiker Rolf Mützenich sagte allerdings, er gehe davon aus, „dass auch endmontierte, gemeinsame europäische Produkte innerhalb der nächsten Monate nicht an Saudi-Arabien ausgeliefert werden, damit sie im Jemenkrieg nicht zum Einsatz kommen“. Mützenich fügte hinzu: „In dieser Zeit muss unter dem Dach der Vereinten Nationen eine landesweite Waffenruhe verabredet werden, damit wir endlich die Menschen mit humanitärer Hilfe erreichen können.“

Hilfe für „Alan Kurdi“

Osterappell für Seenotrettung

Insgesamt 210 Bundestagsabgeordnete haben mit einem „Osterappell“ die Bundesregierung zu mehr Unterstützung der Seenotrettung im Mittelmeer aufgefordert. Es brauche politischen Druck aus dem Parlament heraus, damit Schiffe mit geretteten Menschen an Bord nicht tagelanger Wochenlang auf dem Meer ausharren müssten, sagte Luise Amsberg (Grüne) bei der Vorstellung des Appells am Freitag in Berlin. Unterzeichnet wurde der Aufruf von Parlamentariern aus allen Fraktionen mit Ausnahme der AfD-Fraktion.

Die Gruppe fordert zum einen Verständnis dafür, dass eine zivile Seenotrettung nötig sei. „Wenn ein Mensch in Seenot geraten ist, muss er gerettet werden“, betonte Amsberg. Zum anderen wird die Bundesregierung aufgefordert, auf europäischer Ebene Koalitionen zur Aufnahme der geretteten Menschen zu schmieden. Zudem müssten die Kommunen, die sich zur Aufnahme bereit erklärten, vom Innenministerium besser unterstützt werden. Ausgearbeitet wurde der Appell laut Amsberg von der Parlamentsgruppe „Seenotrettung“. Sie setzt sich für eine Verschärfung der Debatte im Parlament ein und wirbt für ein breites Bekenntnis zur Seenotrettung.

Besondere Brisanz erhält der Appell mit Blick auf das blockierte deutsche Rettungsschiff der Organisation Sea-Eye vor Malta. Am Donnerstag musste eine

schwangere Frau nach einem epileptischen Anfall von Bord der „Alan Kurdi“ gebracht werden. Die Crew wartet seit neun Tagen mit inzwischen noch 62 Flüchtlingen an Bord vor der Küste Malta auf eine Lösung.

Derweil teilte das Bundesinnenministerium mit, Deutschland verlängere seine Kontrollen an der Grenze zu Österreich um ein weiteres halbes Jahr. Grund sei, dass nach wie vor eine hohe Zahl von illegalen Grenzübertritten festgestellt werde, zwischen November 2018 und Februar 2019 monatlich etwa 950 Fälle.

Mehr Hilfen für Geduldete

Migranten, die mit einer Duldung in Deutschland leben, sollen künftig sechs Monate nach der Einreise Zugang zu berufsbezogenen Sprachkursen bekommen. Das sieht laut „Süddeutscher Zeitung“ (Samstag) ein Gesetzentwurf aus dem Arbeitsministerium vor, der am Mittwoch ins Kabinett soll. Sogenannten Gestatteten, die sich noch im Verfahren befinden, soll dies nach neun Monaten zu stehen. Zudem soll dem Bericht zufolge der Zugang zu ausbildungs- und beruflfördernden Maßnahmen geöffnet werden, erstmals auch für Bürger anderer EU-Staaten, die arbeitssuchend gemeldet seien. Die neue Regelung gilt nicht für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten. Wer nicht zur Klärung seiner Identität beitrage, verliere den Anspruch auf Förderung. epd/dpa

Mehr Geld für Kinder

Bundesrat sagt Ja

Höherer Kinderzuschlag, mehr Geld zum Schulstart, stärkere Unterstützung vor allem für Alleinerziehende: Kinder und einkommensschwache Familien können ab Mitte des Jahres mit mehr staatlichen Leistungen rechnen. Der Bundesrat verabschiedete am Freitag ein Gesetz der Bundesregierung, das diese als „Starke-Familien-Gesetz“ bezeichnet. Die große Koalition sieht darin einen wichtigen Schritt gegen Kinderarmut in Deutschland. Das Gesetz sieht vor, dass der Kinderzuschlag von zuletzt 170 Euro auf 185 Euro im Monat steigt. Änderungen gibt es auch beim Kinderzuschlag. dpa
Kommentar S.11

LIES MICH

Massig Raum

Was hat denn Science Fiction hier verloren? Na ja, wenn man mal über reaktionäre Fantasy à la Star Wars hinaus zurückblickt, gelangt man zu SF, die – technisch verbrämt – zur Kritik am jeweils aktuellen Entwicklungsstand der Menschheit und an drohenden Fehlentwicklungen diene. Also politisch und aktuell und ziemlich relevant. Auf die Romanserie „The Expanse“ („Die Ferne“ auf Englisch) treffen alle drei Gütesiegel zu. Hoffnungsvoll ist sie noch dazu! Die Saga ist auf neun Bände angelegt, sieben davon sind auf Deutsch erschienen. Und als sehr gelungene TV-Adaption steht die Serie auch schon vor ihrer vierten Staffel. „The Expanse“ wirft über einen weiten Zeitraum Schlaglichter auf die Entwicklung der Menschheit, die dank des nicht ganz zufälligen Funds außerirdischer Technik zu Reisen jenseits der Grenzen des Sonnensystems aufbrechen kann. Die Protagonisten, ein glaubwürdiger multikultureller Haufen, werden mit Terroristen, Migranten, Freiheitskämpfern, hybridem Krieg, Langzeitarbeitslosigkeit, Militarismus und Populisten konfrontiert. Jedes Problemfeld wird feinsinnig ausgebreitet und intelligent aufgelöst. Dass die genbedingten Raumschlachten realistisch kurz (und katastrophal) sind und Raumreisen sagenhaft lang und anstrengend, rundet „The Expanse“ richtig gut ab. Und dann ist da noch die Figur der Chrisjen Avasarala, stellvertretende UN-Untersekretärin und die meiste Zeit de facto mächtigste Mitglied der Erdregierung: eine wundervoll offene, rüde, kluge, sagenhaft liebenswerte Realpolitikerin. Das ist in „The Expanse“ das Fantasy-Element: Real gibt es so tolle Menschen nicht. PETER RUTKOWSKI



James S.A. Corey, The Expanse, 1. Teil: Leviathan erwacht Heyne, 672 Seiten, Euro 9,99.

Seehofer plant Beugehaft

Verdächtige sollen zur Herausgabe von Passwörtern gezwungen werden / SPD-Politiker dafür

VON TIMOT SZENT-IVANYI

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) bekommt aus der SPD Unterstützung für seine Pläne, mit teilweise drastischen Methoden die Aufklärung von Straftaten im Internet zu erleichtern. Im Gesetzentwurf für ein „IT-Sicherheitsgesetz 2.0“ ist vorgesehen, dass die Ermittlungsbehörden Verdächtige zwingen können, die Passwörter ihrer Accounts herauszugeben. Die Ermittler sollen so in deren Rolle schlüpfen können, um weitere Straftaten aufzudecken.

Weigern sich die Betroffenen, kann nach den Seehofer-Plänen zur Erzwungung ein Ordnungsgeld oder sogar Beugehaft von bis zu sechs Monaten angeordnet werden. Der SPD-Innenpolitiker Burkhard Lischka sagte dazu: „Bei schwersten Straftaten wie Kinderpornographie und Tötungsdelikten ist die gesetzliche Verpflichtung zur Herausgabe eines Passwortes durchaus eine Option.“

Bislang gibt es in Deutschland keine Rechtsgrundlage dafür, Verdächtige zu zwingen, ihre Passwörter zu verraten. Das liegt an dem Grundsatz, wonach sich niemand selbst belasten muss. „Es bedarf deshalb einer ausdrücklichen Ermächtigung für die Über-

nahme von digitalen Identitäten, auch gegen den Willen der Beschuldigten“, heißt es im Gesetzentwurf zur Begründung.

Um das Problem der Selbstbelastung zu umgehen, ist im Seehofer-Entwurf eine weitere Neuregelung enthalten: Danach dürfen die Verdächtigen nicht für Taten bestraft werden, die nur deshalb auffliegen, weil die Polizei

den Account übernommen und dadurch Einblick in frühere Aktivitäten hat.

Der Zwang zur Passwortherausgabe würde nach den Plänen Seehofers nicht nur für schwere Straftaten gelten, sondern auch für jedes Delikt das „mittels Telekommunikation“ begangen wird. Die Pflicht soll für Konten bei „Telekommunikations- oder Tele-

mediendiensten“ gelten, also zum Beispiel auch für Facebook-Accounts.

In der Gesetzesbegründung wird aber insbesondere auf das Darknet verwiesen. In diesen versteckten und anonymen Bereichen des Internets wird mit Drogen, Waffen und Kinderpornographie gehandelt. Mit der Übernahme von Accounts könne die Kommunikation unter den in der Szene bekannten Nicknamen verdeckt fortgeführt werden, wird vom Innenministerium argumentiert.

Kabinett wird sich bald mit dem Gesetz befassen

„Dies ist deshalb so wichtig, weil in den entsprechenden Szenen den langjährig aktiven Accounts ein großes Vertrauen entgegengebracht wird, während neu angelegten Accounts eher Misstrauen entgegen schlägt.“

Das Bundeskabinett soll sich noch vor der Sommerpause mit dem Gesetz befassen. Anlass für die Änderungen ist unter anderem das sogenannte Doxing, also die Veröffentlichung zuvor gestohlener privater Daten von Politikern und Prominenten Ende vergangenen Jahres.



Horst Seehofer kämpft gegen Internetkriminalität. B. VON JUTRZENKA/DPA